

**Quelle: Die Zeit**

Provided by GENIOS

POLITIK

## Wer denkt jetzt nur an sich?

### Stabilitätspakt, Dosenpfand, Dienstleistungs-Direktive: Die Deutschen machen in der Europäischen Union, was sie wollen / Josef Joffe

Unilateralismus« - dieser Zungenbrecher diente der deutschen Außenpolitik routinemäßig als Bannfluch gegen das Amerika des George W. Bush. Inzwischen darf man das Kompliment gegen Berlin wenden, und zwar just auf dem Gebiet, das die deutsche Außenpolitik stets als Heiligtum verehrt hat: Europa.

Was, die Deutschen als »Unilateralisten«? Die haben sich doch nicht dem Kyoto-Protokoll und dem Internationalen Strafgerichtshof verweigert. Und schon gar nicht sind sie ohne UN-Mandat in den Irak eingefallen. Werfen wir aber einen Blick nach Brüssel und zählen einige andere Stichworte auf: »Stabilitätspakt« und »Dienstleistungs-Direktive«, »Landesbanken«, »Dosenpfand«, »Post« und »VW-Gesetz«. Alles exotische Begriffe, aber sie summieren sich zu einem Muster, das man getrost »Unilateralismus made in Germany« nennen darf.

In den letzteren vier Fällen hat die EU-Kommission sogar Verfahren gegen das größte Mitgliedsland der Union angestrengt. Die Zielrichtung war stets die gleiche: Die Deutschen hätten das Nationale über das Gemeinschaftliche gestellt und bekämen so lauter protektionistische Extrawürste gebraten. Die Landesbanken genossen Konkurrenzvorteile, das Dosenpfand benachteiligte ausländische Lieferanten, die Post halte an ihrem Monopol fest, das VW-Gesetz verschaffe dem Staat (Niedersachsen) zu viel Macht über

den Markt. Wettbewerbsabwehr war der gemeinsame Nenner, eine Versündigung wider den wahrhaft Gemeinsamen Markt.

Die Front gegen Stabilitätspakt und Dienstleistungs-Direktive zeigt ein aggressiveres Gesicht. Es ist »Unilateralismus à deux«, mit Frankreich, und das Motiv ist die Unterwerfung der EU-Kommission unter den Willen der beiden ganz Großen. Über die Pikanterie der Attacke auf den Stabilitätspakt ist oft genug gelästert worden - erinnern sich doch die Älteren noch an dessen Ursprung. Der Pakt war der Preis, den die Regierung Kohl für die Währungsunion forderte: Die strengen Defizitgrenzen sollten verhindern, dass solch unverantwortliche Gesellen wie die Italiener, die bekanntlich mit Staatsknete nur so um sich warfen, weiter auf Pump Politik machen und den Euro in Verruf bringen würden. Ausgaben und Verschuldung mussten ins Korsett gemeinschaftlicher Regelungen. Das war die »Germanisierung der europäischen Fiskalpolitik«.

Nun läuft die »Germanisierung« in die umgekehrte Richtung. Mit Paris und Rom im Schlepptau fordert die Regierung Schröder immer heftiger die Entschnürung, und zwar im Namen der »Sonderbelastung«, welche die Vereinigung den Deutschen aufgebürdet hätte. Die Fadenscheinigkeit des Arguments durchschaut auch der Nichtökonom. Schließlich hat dieses Land im ersten Jahrzehnt nach der Wende ganz gut mit dem Korsett des Drei-

Prozent-Defizits leben können.

Ökonomen wiederum streiten sich darüber, ob die Lockerung, die jetzt ins dritte Jahr geht, längerfristig für Inflation, Zinsauftrieb und Konjunkturabfall sorgen wird; schließlich sind Deutschland, Frankreich und Italien für den Großteil der Wirtschaftsleistung in der Eurozone gut. Doch ist das nicht der entscheidende politische Punkt. Denn Berlin und Paris signalisieren dem Rest: »Wir unterwerfen uns nur Regeln, die wir selber gemacht haben - mal so und mal so.« Klingt irgendwie »bushistisch«.

Die jüngste Attacke läuft gegen die EU-Dienstleistungs-Richtlinie, die in der deutsch-französischen Sprachregelung »Sozialdumping« heißt. Schröder will sie »unter allen Umständen« verhindern. Dabei soll dieser »Frankenstein« (Gewerkschaftssprech) für den Service-Sektor nur tun, was auf dem Markt für Güter längst unangefochtene Praxis ist: Jede Firma aus jedem der 25 Mitgliedsländer darf überall verkaufen - ohne Hürden und Diskriminierung. Bis jetzt aber muss jedes Unternehmen, das grenzüberschreitend seine Dienste anbieten will, sich 25 verschiedenen nationalen Regelungen unterwerfen. Die EU meint, dass es reiche, wenn jemand allein den Gesetzen seines Heimatlandes folge. Eine Studie der Kommission besagt, dass Konkurrenz und Kostensenkung 600 000 neue Jobs in der EU schaffen würden.

## Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Aber nicht, wenn Chirac und Schröder sich durchsetzen. Sie wollen den Wettbewerb auf dem EU-Arbeitsmarkt so einhegen wie daheim. Gegen den Unilateralismus zu zweit setzt Kommissionschef Barroso das »Prinzip Europa«: »Manche glauben, dass die EU-Kommission dazu da ist, die 15 gegen die neuen 10 zu schützen. Falsch. Sie agiert im Namen des europäischen Allgemeininteresses.« Der Chef der Telecom Italia, Marco Tronchetti Provera, drückt es so aus: »Das Gegenmittel für den Niedergang? Wettbewerbsfähigkeit.«

Die Doppeloffensive gegen Barroso und seinen Binnenmarkt-Kommissar McCreevy ist aber nicht nur »bilateralistisch«, sie ist - schlimmer - auch töricht. Seit Jahrzehnten ist die EU-Kommission der wichtigste Modernisierungsfaktor Europas. Ohne die Liberalisierung der Märkte hätten wir vielleicht heute noch schwarze Wählscheiben-Telefone, und Siemens wäre ein schwerfälliger »öffentlich-rechtlicher« Konzern geblieben. So manche schwache Regierung hat sich den steten Druck aus Brüssel zunutze gemacht, etwa so: »Liebe

Landsleute, wir würden ja gern alles beim Alten lassen, aber diese schreckliche EU zwingt uns leider ...«

Wer aber wie Chirac und Schröder andauernd die Autorität der EU untergräbt, tut weder seinem Land noch Europa einen Gefallen. Er schwächt einen Reformmotor, der in den Hauptstädten nicht auf Touren kommt. Und er pocht auf das Recht des Stärkeren, das auf Neudeutsch »Unilateralismus« heißt.